

Das aktuelle Thema

Interessen von Kindern in der Corona-Pandemie

Lea Giese, Bettina Lindmeier

In der Ausgestaltung der Rechte von Kindern lassen sich verschiedene Perspektiven einnehmen: Eine Perspektive ist geprägt durch die Vorstellung des schutzbedürftigen, abhängigen Kindes und fokussiert entsprechend die Gruppe der *Schutzrechte*. Sie prägte den Begriff des Kindeswohls bzw. der Kindeswohlgefährdung. Eng verbunden ist eine Perspektive, die aus der kindlichen Entwicklungsfähigkeit *Entwicklungsrechte* ableitet. Die jüngste Perspektive fokussiert die *Partizipation(-srechte)* von Kindern, ihre Interessen sowie ihre Expertise und Entscheidungsmacht in Bezug auf ihr Leben und ihren Alltag (Bock, 2020). Aus dieser Perspektive gewinnt der Begriff der Interessen von Kindern an Bedeutung. Alle Rechtegruppen sind gleichermaßen bedeutsam und dürfen unseres Erachtens nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Erst in den letzten beiden Dekaden sind die Partizipationsrechte von Kindern und Jugendlichen in sehr unterschiedlichen Feldern deutlich gestärkt worden. In der Coronapandemie wurden geschaffene partizipative Formate hinsichtlich der Gestaltung von Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie allerdings kaum genutzt. Kindliche Interessen fanden keine Berücksichtigung, wodurch Kindern und Jugendlichen eine Beteiligung verweigert und ihre Partizipationsrechte missachtet wurden. Andresen et al. (2020) sprechen sogar von einem nahezu vollständigen Verschwinden von Jugendlichen aus dem öffentlichen Leben. Ihre Interessen und Erfahrungen, ihr Wohlbefinden und ihre Bedürfnisse fanden in öffentlichen Diskussionen höchstens im Kontext der Schulschließungen Berücksichtigung, wodurch Kinder und Jugendliche auf die Rolle der Lernenden reduziert wurden und wieder *über* sie statt *mit* ihnen gesprochen wurde.

Diese Umsetzung von Kinderrechten repräsentiert einen Rückschritt in ein „paternalistische[s] Grundmuster“ (Liebel, 2019, S. 33) und eine problematische Verengung auf die Schutz- und Entwicklungsperspektive auf Kinder.

Befragungen von Kindern und Jugendlichen zur Bewältigung der Corona-Krise machen jedoch deutlich, dass solche Maßnahmen von außen (unwissend hinsichtlich kindlicher Lebenswelten und Interessen) und von oben herab (von ‚entwickelten Erwachsenen‘) gerade nicht den Interessen der Kinder entsprechen. Liebel sieht in einer solchen Argumentation statt des beabsichtigten Schutzes von Kindern nachteilige und negative Auswirkungen auf deren Lebenslagen. So bedeuten die auf Schutz ausgerichteten Coronamaßnahmen für Kinder und Jugendliche zugleich einen Wegfall von für sie notwendigen Peerbegegnungen, Explorations- und Entfaltungsräumen, woraus eine enorme Belastung und schließlich ebenfalls eine Gefährdung resultieren. Aussagen von befragten Jugendlichen zur Bewältigung der Krise und ihrem Wohlbefinden (Andresen et al. 2020) belegen, dass sie sich bezüglich ihrer Sorgen wenig bis gar nicht gehört fühlen.

Entgegen dem Wissen, dass ein Mitwirken von Kindern und Jugendlichen an sie betreffenden Maßnahmen mit einer erhöhten Akzeptanz solcher Regelungen einhergehen und Beteiligung eine Erleichterung und Bereicherung für die Praxis bedeuten kann (Langmeyer, Guglhör-Rudan, Naab, Urlen & Winklhofer, 2020), wird damit gesellschaftlich und politisch erneut das Verständnis von Kindern als nicht artikulationsfähigen, nicht zur eigenen Interessenvertretung fähigen Wesen verfestigt. Es wird deutlich, dass die in den vergangenen Jahren gestärkten Partizipationsrechte von Kindern nicht krisenfest und selbst schon bestehende Formate wie (Schüler*innen-)Vertretungen in Schulen und Kinder- und Jugendverbänden noch nicht ausreichend etabliert sind. Eine gelebte Partizipationskultur hätte dazu führen müssen, dass bei der Gestaltung von Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche selbst betreffen, stärker auf sie gehört wird.

Zu den Lehren der Coronapandemie sollte gehören, Partizipationsrechte und Interessenvertretungen mit dem Ziel der substanziellen Beteiligung von Kindern nachhaltig in politischen Strukturen und dem Denken der Gesellschaft zu verankern sowie bestehende partizipative Strukturen und Formate gerade in Krisenzeiten zu nutzen. Ideen, Perspektiven und das Interesse von Kindern und Jugendlichen, mitbestimmen zu können, sollten respektiert sowie ihr Nutzen für die Gestaltung von Angeboten anerkannt und wertgeschätzt werden. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestags (Müller, 2021) betont die Notwendigkeit einer solchen krisenunabhängigen Gewährleistung kindlicher Beteiligungsrechte auf allen politischen Ebenen.

Literatur

- Andresen, S., Lips, A., Möller, R., Rusack, T., Schröer, W., Thomas, S. & Wilmes, J. (2020). *Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo*. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim.
- Bock, K. (2020). Perspektiven der Kindheitsforschung. In R. Braches-Chyrek, C. Röhner, H. Sünker & M. Hopf (Hrsg.), *Handbuch Frühe Kindheit* (2. Aufl., S. 279–292). Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.
- Langmeyer, A., Guglhör-Rudan, A., Naab, T., Urlen, M. & Winklhofer, U. (2020). *Kindsein in Zeiten von Corona. Erste Ergebnisse zum veränderten Alltag und zum Wohlbefinden von Kindern*. O. O.: DJI. https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/dasdji/themen/Familie/DJI_Kindsein_Corona_Erste_Ergebnisse.pdf [14.07.2021].
- Liebel, M. (2019). Postkoloniale Dilemmata der Kinderrechte. In C. Maier-Höfer (Hrsg.), *Die Vielfalt der Kindheit(en) und die Rechte der Kinder in der Gegenwart*. (S. 21–63). Wiesbaden: Springer VS.
- Müller, N. (2021). *Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Krise trifft Gesellschaft – Auswirkungen der Corona-Krise auf die Lebensbedingungen junger Menschen“*. Hrsg. Deutscher Bundestag Kinderkommission. Berlin.

Anschrift der Verfasserinnen:

Lea-Sophie Giese und Prof. Dr. Bettina Lindmeier
 Institut für Sonderpädagogik der Leibniz Universität Hannover
 Schloßwender Str. 1, 30159 Hannover